Nr. 72 48. Jahrgang Abend-Ausgabe Sonnabend, 15 Februar 1919

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Fochs neue Bedingungen.

Die Demarkationslinie gegen die Polen.

Unbefristete Verlängerung des Waffenstillstandes mit dreitägiger Kündigung.

(Telegramm.)

Trier, 14. Februar. (W. T. B.)

Marschall Foch übergab dem Reichsminister Erzberger heute nachmittag 3 Uhr folgende Vorschläge zum Zusatzabkommen über die Verlängerung des Waffenstillstandes:

1. Die Deutschen müssen unverzüglich alle Offensivbewegungen gegen die Polen in dem Gebiet von Posen oder in jedem anderen Gebiet aufgeben. Zu diesem Zweck wird ihnen untersagt, folgende Linien durch ihre Truppen überschreiten zu lassen: gegen Süden die Linie: die ehemalige Grenze Ost- und Westpreußens gegen Rußland bis zur Weichsel, dann westlich der Weichsel die Linie, die über Podgorz (südlich von Thorn), Brzoza, Schubin, Exin, Lipin, Samotschin, Ghodiesen (Kolmar), Czarnikau, Miala und Birnbaum läuft; gegen Osten die Linie: Bentschen, Wollstein, Priment, Lissa, Bojanowo, Rawitsch, Trachenberg, Wernsdorf, Groß-Briese und Droschkau; von Droschkau an die Linie, die über Roldau, Dombrowka und Knyp läuft und die Oder beim Zusammenfluß der Malapane erreicht und von diesem Zusammenfluß an die grüne Linie auf beigefügter Karte.

Auf Grund einer Aussprache, die im Auftrage des Reichsministers Erzberger und Marschalls Foch zwischen Generalmajor v. Hammerstein und Generalstabschef Weygand stattfand, erhielt der Artikel 1 folgende endgültige Fassung: Die Demarkationslinie verläuft folgendermaßen nach der Lagenkarte der Obersten Heeresleitung vom 6. Februar: Von der russischen Grenze bei Luisenfelde auf einer Linie, die über westlich Luisenfelde, westlich Groß-Neudorf, südlich Brzoza, nördlich Schubin, nördlich Exin, südlich Samotschin, südlich Ghodziesen (Kolmar), nördlich Czarnikau, westlich Miala, westlich Birnbaum, westlich Bentschen, westlich Wollstein, nördlich Lissa und nördlich Bierachow (Eichenbronn) bis zur schlesisch-russischen Grenze. Also bleibt Ost (wahrscheinlich mit Ost- und Westpreußen zu interpretieren) und Oberschlesien wie heute in unserer Hand. Die Regierung in dem so umschriebenen Gebiet wird in den Waffenstillstandsbedingungen nicht vereinbart. Diese Frage bleibt offen, da tatsächlich festgestellt ist, daß es sich hier nur um eine provisorische Abmachung handelt, welche dem Friedensvertrag in keiner Weise vorgreift. Der Schutz der Deutschen in diesem Gebiet wird von einer interalliierten Kommission in Warschau garantiert.

2. Der durch die Abkommen vom 13. Dezember 1918 und vom 16. Januar 1919 bis 17. Februar 1919 verlängerte Waffenstillstand vom 11. November 1918 wird neuerdings für eine unbefristete Zeitdauer verlängert, wobei die alliierten und assoziierten Mächte sich das Recht vorbehalten, mit einer Frist von drei Tagen zu kündigen.

3. Die Ausführung der Bedingungen des Abkommens vom 11. November 1918 und der Zusatzabkommen vom 13. Dezember 1918 und 16. Januar 1919, soweit dieselben derzeit noch unvollständig verwirklicht sind, wird fortgesetzt und in der Zeit der Verlängerung des Waffenstillstandes zu den von der internationalen permanenten Waffenstillstandskommission nach den Weisungen des Oberkommandos der Alliierten festgesetzten Einzelbestimmungen zum Abschluß geführt werden.

Foch verlangt „absoluten Gehorsam".

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Haag, 15. Februar.

Der Pariser Korrespondent der „Daily Mail" meldet, daß die Alliierten nach Beschlußfassung über die Waffenstillstandsbedingungen über diese Deutschland Mitteilung machen würden. Nicht in drohender Form, sondern in der üblichen Weise, um Deutschland von den „neuen Traditionen" zu benachrichtigen! Dieselbe Quelle behauptet, daß Foch mündliche Instruktionen gegeben habe. Er wünsche absoluten Gehorsam für seinen Befehl, daß Deutschpolen von allen deutschen Truppen geräumt werde, um auf diese Weise die Bedrohung der Polen zu unterbinden. Zwar hätten die Deutschen erklärt, daß sie keine Angriffe gegen die Polen unternehmen wollten aber ihren Taten nach hätten sie sich gerade umgekehrt verhalten. Das gehe aus der Verlegung des Hauptquartiers nach Kolberg hervor. Aus London wird weiter mitgeteilt, daß die Nachgiebigkeit Deutschlands in militärischer Hinsicht darüber entscheiden werde, wie weit man ihm in wirtschaftlicher Hinsicht entgegenkommen wolle.

Heute, also nicht am dreizehnten, wie behauptet wurde, ist Wilson nach Brest gefahren, um mit dem „George Washington" nach Amerika zurückzukehren. Wilson befindet sich angeblich in glänzendster Stimmung. Baker und Hoover begleiten ihn.

Regierung und Waffenstillstandsbedingungen.

Entscheidung über Annahme und Ablehnung vorbehalten.

(Telegramm unseres nach Weimar entsandten Sonderberichterstatters.)

h. Weimar, 15. Februar.

Ueber die Waffenstillstandsverhandlungen, insbesondere über die neuen Bedingungen der Entente ist hier amtlich noch nichts bekannt. Daß die Verhandlungen gestern begonnen worden sind, geht aus einem Telegramm hervor, das gestern abend bei der Regierung eingetroffen ist. Ueber den Stand der Verhandlungen enthielt das Telegramm keine Mitteilungen. Der Vorsitzende der deutschen Kommission, Reichsminister Erzberger, ist von der Regierung angewiesen worden, für den Fall, daß die Entente neue schwere Bedingungen stellen sollte, sofort der Regierung nach Weimar zu berichten und nach den Beschlüssen der Regierung zu handeln. Das Reichskabinett wird demnach sofort nach Mitteilung der neuen Bedingungen zu einer Sitzung zusammentreten und sich darüber schlüssig werden, ob die Bedingungen annehmbar sind oder nicht.

Die parlamentarischen Unterstaatssekretäre sind noch nicht ernannt worden. Augenblicklich dauert die Kabinettssitzung, in der diese Frage erörtert wird, noch an. **(Vergl. Seite 2.)**

Die Eisenbahner fordern Waffen.

Bewaffneter Schutz der Bahnhöfe. — Gegen die Soldatenräte. — Androhung eines Proteststreiks.

Essen, 15. Februar. (W. T. B.)

Die Leitung der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner hat der Reichsregierung gemäß dem Beschluß einer hier abgehaltenen Vertreterversammlung im Namen der Eisenbahnbeamten und Arbeiter der Direktionsbezirke Essen, Münster und Elberfeld telegraphisch die Forderung überreicht, daß bis zur Wiederkehr geregelter Verhältnisse den bewaffneten Schutz der Bahnhöfe und den gesamten Wachtdienst auf den Rangier- und Güterbahnhöfen sowie auf den sonstigen Bahnanlagen die Eisenbahner selbst übernehmen, die zu diesem Zwecke mit Waffen zu versehen sind. Die Wachen der Soldatenräte sind aus den Bahnhöfen wie aus allen übrigen Betriebspunkten der Eisenbahnverwaltung zu entfernen. Das Betreten der Bahnhöfe zum Zwecke der Durchsuchung von Zügen nach Freiwilligen für den Ostschutz ist den Soldatenräten mit Nachdruck und Erfolg zu untersagen. Auch haben gesetzwidrige Haussuchungen, wie sie bei den Eisenbahnbeamten und Arbeitern in Hagen von den Organen des Arbeiter- und Soldatenrates geplant sind, zu unterbleiben.

Die Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen sind den Eisenbahnbeamten und -arbeitern nach wie vor weiter zu gewähren. Der Vorsitzende des deutschdemokratischen Gewerkschaftsbundes, dem die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner angeschlossen ist, Stegerwald, ist telegraphisch beauftragt worden, mit der Regierung namens der Eisenbahner in Weimar Verhandlungen einzuleiten. Fällt die Antwort der Regierung unbefriedigend aus, so soll eine weitere Vertreterkonferenz, die vielleicht Sonntag oder Montag in Essen zusammentritt, sich über den von zahlreichen Ortsvereinen der Beamten und Arbeiter eingebrachten Antrag, in den vorerwähnten drei Direktionsbezirken zu einem vierundzwanzigstündigen Proteststreik aufzurufen, schlüssig werden.

Der Verfassungsentwurf der Reichsregierung

(Telegramm unseres nach Weimar entsandten Sonderberichterstatters.)

D. Weimar, 15. Februar.

Das Reichskabinett trat heute vormittag zu einer längeren Sitzung zusammen, um zu dem nunmehr vom Staatenausschuß beschlossenen, endgültigen Verfassungsentwurf Stellung zu nehmen. Wie wir hören, weicht dieser Entwurf in wesentlichen Punkten von dem ursprünglichen Verfassungsentwurf des Staatssekretärs Dr. Preuß ab. Wie erinnerlich, war der Preußsche Entwurf seinerzeit in der Berliner Reichskonferenz der Einzelstaaten lebhaftester Kritik begegnet. Die damaligen Volksbeauftragten hatten erklärt, daß die Regierung den Preußschen Entwurf sich nicht ohne weiteres zu eigen mache, sondern ihn lediglich als eine Ausarbeitung des Staatssekretärs des Innern betrachten. Die Nationalversammlung wird nunmehr wahrscheinlich diese beiden Entwürfe als Unterlagen für die Verhandlungen behandeln. Nach § 4 der provisorischen Reichsverfassung ist die Nationalversammlung in bezug auf die Gestaltung der künftigen Reichsverfassung völlig souverän, und ihre Verfassungsbeschlüsse bedürfen nicht, im Gegensatz zu anderen Reichsgesetzen, der Uebereinstimmung mit dem Staatenausschuß. Lediglich die eine Einschränkung ist vorgesehen, daß der Gebietsstand der Freistaaten nur mit der Zustimmung der Einzelstaaten verändert werden kann.

„Los von Berlin" und „Groß-Berlin".

Von [Nachdruck verboten.]

Dr. H. Lindenau,

Stellvertretendem Vorsitzenden des Bürgerausschusses Groß-Berlin.

Zwei Bewegungen knüpfen sich gegenwärtig an den Namen der Reichshauptstadt „Los von Berlin" und „Groß-Berlin". Sie entbehren nicht des inneren Zusammenhanges. In dem Ansturme gegen Berlin als politischen Mittelpunkt Deutschlands einigen sich alle die wiedererwachten Zersplitterungsgelüste, regt sich wieder einmal das deutsche Erbübel des Partikularismus, dem jeder Vorwand willkommen ist. Als der Verfasser dieser Zeilen vor zwei Jahren aus dem Eintritt Amerikas in den Krieg die Gewißheit unserer Niederlage folgerte, erhielt er von einem Münchener Politiker die donnernde Antwort: „Wenn in Berlin solche flauen Auffassungen herrschen, muß eben der Schwerpunkt des Reiches nach Süden verlegt werden." Heute wird dieselbe Forderung mit der Notwendigkeit begründet, dem in Berlin verkörperten preußischen Militarismus den Todesstoß zu versetzen, was allerdings nicht hindert, im gleichen Atemzuge gegen die Hochburg des Spartacismus und Radikalismus zu eifern. In Wahrheit dreht sich das gefährliche Spiel darum, den Schlußstein herauszureißen, der den Bau unseres durch den Ansturm von außen schwer erschütterten Vaterlandes im Innern noch zusammenhält.

Für jeden Bekenner deutscher Einheit ergibt sich deshalb die Pflicht, gegenüber diesen zentrifugalen Kräften den in der Reichshauptstadt verankerten Schwerpunkt zu stützen und zu stärken. Hierin liegt die weit über die kommunalen Gesichtspunkte hinaus reichende Bedeutung des Groß-Berliner Gedankens, zu dessen Verwirklichung wir vor zwei Jahren unseren Bürgerausschuß begründet haben — nicht im Sinne des leider zuweilen betonten Unterschiedes von Bürger- und Arbeitervertretungen, sondern als Zusammenschluß der kulturellen und wirtschaftlichen Einheit Berlins und seiner Gesamteinwohnerschaft. Je wuchtiger und umfangreicher die Hauptstadt sich darstellt, desto stärker wird nach dem bekannten physikalischen Gesetze ihre Anziehungskraft auf die übrigen Bestandteile des Reiches wirken. Dieser Einfluß muß sich erhöhen und veredeln, um so mehr auch die hauptstädtische Verwaltung und ihre Einrichtungen Vorbildliches leisten, was wiederum die Fortbildung auf einheitlicher Grundlage voraussetzt. Schließlich aber wird der Ruf nach Zusammenschluß und Zusammenhalt nur dann frei und nachhaltig von den Zinnen der Berliner Mauerkrone erschallen können, wenn es gelingt, zunächst innerhalb des Groß-Berliner Weichbildes alle Bezirks- und Kirchtumsbestrebungen zum Schweigen zu bringen. Im Verzichte auf jeden Sondervorteil zum Besten des Ganzen müssen Berlin und seine Vororte mit gutem Beispiele in Deutschland vorangehen.

Die Wahlen zur preußischen Nationalversammlung liegen hinter uns der Tag der Gemeindewahlen steht unmittelbar bevor. Die Ausmerzung des Dreiklassenparlaments hat einen der schärfsten und mächtigsten Gegner der Groß-Berliner Bewegung gestürzt. Dort nistete der Widerstand gegen jede Vermehrung bürgerschaftlichen Einflusses, gegen jede Ausdehnung freier großstädtischer Auffassungen, dort zitterte die Angst vor dem Anwachsen demokratischer und sozialdemokratischer Stimmen. Dort hegte und pflegte man das Mitbestimmungsrecht der Landräte in Groß-Berliner Fragen, die Unterstellung der aufblühenden vorstädtischen Gemeinwesen unter die Kreisordnung, die auf rein ländliche Verhältnisse zugeschnitten und selbst für diese veraltet ist. Die verhinderte Reform des Zweckverbandgesetzes, die Auslieferung der Englischen Gasanstalt an die Landkreise und der samose Brandenburger Lastenausgleich sind einige der letzten Etappen auf dem Siegeszuge, den die in der preußischen Verwaltung durch Personalunion und Beziehungen allmächtige konservative Landtagsfraktion im Kampfe gegen das Berliner Bürgertum vollbringen durfte.

Dem soll nun Halt geboten werden. Die preußische Nationalversammlung wird frei von Vorurteilen an die äußerst dringende Neuordnung der Berliner Kommunalverhältnisse treten. Damit muß der Groß-Berliner Gedanke zum Durchbruch gelangen, dessen Berechtigung vom kulturellen und sozialen Gesichtspunkte, ebenso aber auch aus den gerade jetzt so schwerwiegenden verwaltungstechnischen und wirtschaftlichen Gründen gar nicht bestritten werden kann, sobald nur verstaubte Ueberlieferungen stürzen und eine sachliche Betrachtung Platz greift.

Am 25. Februar sind die Männer und Frauen von Berlin berufen, auch in dieser wichtigen Frage selbst zu entscheiden. Sie werden bedenken, daß es jetzt gilt, die Räume wohnlich zu gestalten, di esie selbst im großen deutschen Reichshause innehaben. Wenn sie die Gemeindevertreter wählen, so wählen sie zugleich, ob sie die zerplitterte, an inneren Reibungen stockende, durch Beamten- und Behördenüberfluß und Kräfteverschwendung kostspielige Verwaltung verewigen wollen die zu dem unentwirrbaren Ratenkönig der gegenwärtigen haupt- und vorstädtischen Zuständigkeiten geführt hat, oder ob Groß-Berlin neu erstarken und erstehen soll als einheitliche, nach großen Gesichtspunkten gelenkte, mit der zweckmäßigen Einfachheit und weisen Sparsamkeit eines modernen Großunternehmens geleitete, von Gemeinsinn getragene Körperschaft.

Der Bürgerausschuß Groß-Berlin erstrebt als Lösung — wie die kürzlich nach dem Vorschlage des Verfassers dieser Zeilen einstimmig angenommenen Leitsätze aussprechen — die Schaffung einer Gemeinde Groß-Berlin, die als neue und höhere Einheit sowohl die Stadt Berlin wie die mit ihr wirtschaftlich zusammengehörenden Nachbargemeinden umfaßt. Innerhalb dieser Gemeinde Groß-Berlin soll eine planmäßige Dezentralisation durchgeführt werden im alten Berliner Weichbilde so gut wie in den Außenbezirken, bei deren Einteilung die historischen Gemeindegrenzen möglichst beibehalten werden. Die neue Gemeinde Groß-Berlin bestimmt selbst, welche Verwaltungsaufgaben sie an sich zieht — die übrigen verbleiben den Einzelbezirken zur selbständigen Verwaltung.

Die weitere Forderung unserer Leitsätze, daß alle Wahlen zu den Groß-Berliner Verwaltungskörpern nach dem Wahlrechte der deutschen Nationalversammlung erfolgen müssen, ist in den kommenden Kommunalwahlen schon verwirklicht. Wir dürfen hoffen, daß der Ausfall dem Groß-Berliner Gedanken zum Siege verhelfen wird. Deshalb darf kein Bewerber die Rednertribüne der Wahlversammlungen verlassen, ehe er zu der Frage Groß-Berlin klipp und klar sein Bekenntnis abgelegt hat. Die Wähler und Wählerinnen aber mögen sich vor Augen halten, daß, wer der Vereinheitlichung der Reichshauptstadt und ihrer Vororte widerstrebt, wissentlich oder unbewußt dazu beiträgt, den Reichsmittelpunkt und seine Anziehungskraft zu schwächen. Die Fahne von „Groß-Berlin" weht voran im Kampfe gegen „Los von Berlin".

Erzbergers Protestrede gegen das Verhalten der Entente.

Die bisherigen ungeheuren Opfer infolge des Waffenstillstandes. — Nur noch ein Viertel des alten deutschen Friedensheeres unter Waffen. — Die Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen. — Die polnischen Erhebungsgelüste.

Trier, 14. Februar. (W. T. B.)

Reichsminister **Erzberger** sagte bei den Waffenstillstandsverhandlungen u. a.: „Unser Volk hat den Eindruck, daß die Verlängerungen des Waffenstillstandes nur den Zweck haben, uns neue schwere Bedingungen aufzuerlegen und dem Frieden vorzugreifen. So wird der Waffenstillstand eine Quelle des Mißtrauens, des Völkerhasses, ja der Verzweiflung. Damit aber ebnen die Alliierten dem Bolschewismus den Weg, das deutsche Volk dagegen bemüht sich, ihn abzuwehren. Die Nationalversammlung hat als ihre erste und dringendste Aufgabe betrachtet, eine Regierung zu bilden, die dem Ausfall der Wahlen entspricht. Deutschland besitzt eine demokratisch-parlamentarische Regierung. Sie verkörpert und garantiert den Willen des Volkes, unverzüglich einen versöhnlichen Friedenszustand herbeizuführen. Die neue Regierung ruht auf einer breiteren Grundlage als irgendeine andere Regierung der Welt. Das deutsche Volk hat den Waffenstillstand und dessen bisherige Verlängerungen mit ungeheuren Opfern erkaufen müssen. Riesige Werte hat er Ihnen übergeben. Deutsches Kriegsgerät im Werte von weit über eine halbe Milliarde Mark haben Sie erhalten. Der Wert der ausgelieferten Kriegsschiffe stellt sich auf mehr als 1½ Milliarden Mark. In der Ablieferung des Verkehrsmaterials ist Deutschland über die Grenze seiner Leistungsfähigkeit hinausgegangen. Allein die preußisch-hessischen Staatseisenbahnen haben für 2½ Milliarden Mark Eisenbahnmaterial übergeben.

Die Demobilmachung des Heeres ist durchgeführt. Von den Mannschaften werden bis Ende Februar alle Jahrgänge bis auf einen entlassen. Dieser hat im Felde schon schwere Verluste erlitten. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zum Schutz der Grenzen müssen daher Freiwillige angeworben werden. Die Gesamtstärke der vorhandenen Verbände ist so gering, daß ein Mißbrauch dieser Macht schon wegen ihrer Kleinheit ausgeschlossen ist. Es sind unter Hinzurechnung der in Aufstellung begriffenen Freiwilligenverbände insgesamt verwendbar rund 200 000 Mann, das heißt ein Viertel des alten deutschen Friedensheeres.

Die für die beschleunigte Rückgabe der Werte und Dokumente nach Artikel 19 eingerichtete Zentralstelle der Waffenstillstandskommission hat seit den letzten Verhandlungen erfolgreich gearbeitet. So sind außer den bisherigen Werten übergeben worden 778 348 237,12 Mark und 4 171 165 Franken. So hat sich Deutschland nach allen Kräften bemüht, den aus den Verträgen erwachsenden Verpflichtungen nachzukommen. Dies trifft auch zu für die im Abkommen vom 16. Januar zugesagte Bedingung der Lieferung landwirtschaftlicher Maschinen. Doch können die hier vorliegenden Schwierigkeiten nur dann überwunden werden, wenn der von Marschall Foch am 16. Januar zugesicherte Bezug von Rohprodukten und Halbfabrikaten vom linksrheinischen nach dem rechtsrheinischen Gebiet in weitgehendem Umfange vor sich gehen kann, wenn Saarkohle geliefert und auch die Lieferung vom rechtsrheinischen nach dem linksrheinischen Gebiet gestattet wird. Durch die laufende Abgabe von Lokomotiven ist der Bestand der betriebsfähigen Lokomotiven auf den preußisch-hessischen Staatsbahnen so gesunken, daß die notdürftigste Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens gefährdet ist. Bei weiterer Abgabe von Lokomotiven ist

ein baldiger Stillstand der gesamten Transportmaschine in sicherer Aussicht.

Deutschland unternimmt also die höchsten Anstrengungen, um in loyaler Weise den Beweis zu erbringen, daß es seinen Friedensverpflichtungen die schwersten Opfer bringen will. Um so mehr bedauerlich, erneut vor aller Welt feststellen zu müssen, daß das Verhalten der alliierten Regierungen dem Geist der Friedenszukunft noch immer widerspricht. Der Abtransport der alliierten Kriegsgefangenen nach dem Westen war zur Zeit der letzten Waffenstillstandsverhandlungen in Trier bereits durchgeführt, der nach Serbien und Rumänien steht unmittelbar vor dem Abschluß.

Unsere eigenen Gefangenen dagegen schmachten immer noch in der Gewalt der Alliierten.

Es haben sich Organisationen gebildet, um die Sache unserer Kriegsgefangenen zu vertreten. Unser Volk sagt sich mit Recht: es ist sinnlos, jetzt, wo es dem Frieden zugeht, eine Maßnahme aufrecht zu erhalten, die nur für den Krieg bestimmt ist. Wir haben genug Zeugnisse, daß eine große Zahl unserer Gefangenen körperlicher und geistiger Zerrüttung entgegengeht. Ich frage Sie: Woher nehmen Sie das moralische Recht, Tausende deutscher Männer auch jetzt noch ins Verderben zu jagen? Woher nehmen Sie das Recht, jetzt, wo die Welt einen Rechtsfrieden aufbauen will, wo es heißt, das Machtprinzip solle aus dem Zusammenleben der Völker ausgeschaltet sein, Tausende von Männern, Frauen und Kindern von ihren menschlichen Beziehungen fernzuhalten? Die Alliierten müssen sich darüber klar sein: Auf diese Weise wird der menschenverwüstende Geist nicht gebrochen. Das deutsche Volk empfindet dieses barbarische Zwangsmittel als einen Schlag ins Gesicht. Wenn Sie glauben, Sie können dem deutschen Volk diese Schmach ohne Gegenwirkung antun, so irren Sie sich. Das Uebergewicht an Macht ist zurzeit bei Ihnen. Trotzdem werden Sie eines Tages mit dem deutschen Volke zusammenarbeiten müssen, wenn der Friede der Welt Dauer haben soll. Daher fordere ich noch einmal die rettende Tat: Geben Sie unsere Gefangenen sofort zurück, entlassen Sie sie noch heute! Erlösen Sie die zermürbten Geister, erwecken Sie sie zu neuem Leben!

Meine Herren! Ich kann das Kapitel unserer Kriegsgefangenen nicht verlassen, ohne noch einmal der einmütigen Forderung des ganzen deutschen Volkes Ausdruck zu geben. Die deutsche Nationalversammlung hat eine Resolution gefaßt, die gleichen Inhalts ist. Das deutsche Volk fordert in erster Linie und erwartet von den gegenwärtigen Verhandlungen mit Bestimmtheit, daß der Zurückhaltung unserer Gefangenen ein Ende gemacht wird. Ich muß die Zusage bekommen, daß mit dem Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen alsbald begonnen wird. Kein menschlich empfindendes Wesen wird mir die Verantwortung zumuten, in dieser Frage eine andere Forderung zu stellen, als ich hiermit vor dem Gewissen der gesamten Menschheit erhebe. Danach erhob sich seine Anklage zu einer scharfen Anklage gegen die Unterdrückung alles deutschen Wesens in Elsaß-Lothringen und gegen die Ermutigung der

polnischen Eroberungsgelüste

durch die Entente. Er ruft aus: „Das deutsche Volk kann und wird sich nicht das Recht nehmen lassen, sich gegen die frechen Uebergriffe der Polen auf sein eigenes Gebiet mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu schützen. Deutschland hat die vierzehn Punkte Wilsons angenommen, aber auch die Alliierten.

An das Gewissen Amerikas appellierte Erzberger, indem er, zum Schiffahrt- und Lebensmittelabkommen überleitend, Amerika an die amerikanischen Lebensmittelnöte der Jahre 1862/65 erinnerte. Weil und die Entente vernichten, so soll sie nicht verlangen, daß wir uns das eigene Grab schaufeln. Die Aerzte haben die Zahlen der Opfer mitgeteilt, die durch die Hungerblockade gefallen sind. Diese Zahlen waren während des Krieges der Oeffentlichkeit geheimgehalten; sie gehen in die Hunderttausende! [illegible] über eine halbe Million Männer, Frauen [illegible] Kinderstand an Entkräftung oder an den Folgen geringer Widerstandsfähigkeit gestorben. [illegible] brauchen Sie Ihre Macht so, daß Sie nach einem Abstande von ein[illegible] Geschlechtern noch vor dem Weltgewissen bestehen können, denn [illegible] Macht gibt ewige Verantwortung. Bedenken Sie, daß der Hun[illegible] die Brutstätte verheerender Keime ist. Bedenken Sie, daß, [illegible] diese Keime sich entwickeln und ausbrechen, auch für Ihre Völ[illegible] die größten Gefahren entstehen. Verzweiflung ist [illegible] Mutter des Bolschewismus; er ist eine leibliche [illegible] geistige Hungerkrankheit. Das beste Heilmittel ist Brot und [illegible] Sie haben dasselbe Interesse wie wir, die Welt über die Hun[illegible] krankheit möglichst ungefährdet hinwegzubringen. Verlassen Sie [illegible] Politik der rücksichtslosen Ausnutzung der Macht! Seien Sie sich [illegible] wußt, daß wie im Einzelleben, auch im Leben der Völker die [illegible] waltpolitik sich bitter rächt."

w. Zürich, 15. Februar. (Privat-Telegramm.)

In einem Interview mit dem Korrespondenten des Matin[illegible] „Avanti" machte Minister **Erzberger** folgende bemerkenswe[illegible] werten Aeußerungen über die Verlängerung des Waffenstillstan[illegible] „Wenn die neuen Waffenstillstandsbedingungen zu schwer a[illegible] fallen, und wenn man uns wieder nur vierundzwanzig Stun[illegible] Frist zur Ueberlegung gibt, werden wir die Unterschrift verweigern. Wir werden dann in eine Lage kommen, die we[illegible] Krieg noch Frieden ist."

Die bolschewistische Schreckensherrschaft in Goldingen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

□ **Goldingen**, 15. Februar.

Die Bolschewisten die wieder aus Goldingen in Kurl[illegible] vertrieben wurden, haben auch hier, wie überall, fürchterl[illegible] gehaust. Zwanzig deutsche Kolonisten von hier [illegible] Umgebung wurden zum Teil auf gräßliche Weise umgebrac[illegible] fünfzehn angesehene Bürger der Stadt selbst wurden verhaftet [illegible] teils erschossen, teils verschleppt. Die Stadt ist wie ausgestorben. die Einwohner größtenteils flüchteten. Die Lebensmittelpreise stie[illegible] während der Besetzung gewaltig. Das Kerenski-Geld tauchte [illegible] Massen auf. Aus Libau wird gemeldet: Zum Oberbefehlshaber [illegible] baltischen Landeswehr wurde Major Fetzer ernannt, der sich an [illegible] Front begab.

Zu den geplanten Demonstrationen für Radek.

Die Maßnahmen der Regierung.

Die für den morgigen Sonntag von unabhängiger [illegible] kommunistischer Seite geplanten Sympathiedemonstratio[illegible] für Radek werden, wie die P. P. N. an zuständiger Stelle [illegible] fahren, voraussichtlich ins Wasser fallen. Insbesondere dü[illegible] eine Teilnahme des Berliner Militärs, für die anfänglich [illegible] sonders unter der Republikanischen Soldatenwe[illegible] und Volksmarinedivision Neigung bestanden hat, [illegible] noch in Frage kommen, nachdem die Reichsregierung den Trup[illegible] mit Nachdruck hat vorstellen lassen, daß sie das Demonst[illegible]rationsverbot unverändert aufrecht erhalte. Für den Fall, [illegible] dennoch versucht werden sollte, Umzüge zu erzwingen, h[illegible] die zuständigen Stellen alle notwendigen Maßnahm[illegible] getroffen, um dem Demonstrationsverbot der Regierung [illegible] zu verschaffen. Die Truppen des Generalkommandos Jü[illegible]witz sind näher an Berlin herangezogen worden und ste[illegible] für den morgigen Sonntag zum sofortigen Einmarsch bereit. [illegible] etwaige Demonstrationen mit allen Mitteln zu verhinde[illegible]

Es wird weiter berichtet:

Die republikanische Soldatenwehr lehnt es ab, [illegible] mit Rücksicht auf die für morgen angekündigten Demonstrati[illegible] von spartacistischer Seite wichtig ist, sich für kommunistische Zw[illegible] brauchen zu lassen.

* Der neue Reichsminister des Reichspostamts, **Giesberts**, [illegible] heute sein Amt angetreten.

Das Konzil von Bern.

Von [Nachdruck verboten.]

Victor Auburtin (Bern.)

Die Proletarier aller Länder, die sich jetzt in Bern vereinigt hatten waren in den vornehmsten Hotels der Stadt abgestiegen. Diese scheinbar unwichtige Tatsache erregte hier Aufmerksamkeit und muß erwähnt werden. Sie wohnten im Bellevue Palace Hotel und im Berner Hof, in denen es große Halls mit vielen Klubsesseln gibt, spiegelnden Marmor an den Wänden und kostbare Teppiche die Gänge entlang. Wenn einer der dort wohnenden Genossen einen Brief erhielt, so wurde ihm dieser Brief von einem Bedienten auf blanker Schale überreicht.

Meine bürgerlichen Mittel erlauben es mir nicht, in solchen Hotels zu wohnen, aber an einem der Tage des Kongresses habe ich mit einigen Freunden im Bellevue Palace Hotel zu Mittag gegessen und dabei diese Proletarier sehen können. Sie saßen an ihrem Tisch, auf dem die geschliffenen Gläser funkelten, und aßen mit schmerzlichen Mienen einen Rinderbraten à la Westmoreland. Und diskrete Kellner eilten umher und servierten ihnen die Burgundersauce in silbernem Geschirre.

Auch sonst erfuhr man manches, aus dem hervorgeht, daß es diesen Ausgestoßenen nicht schlecht geht . . .

All das erweckte hier ein gewisses Mißtrauen, und die Tatsache, daß die Schweizer Sozialisten dem Kongreß fernblieben, erklärt sich zum Teil hieraus; das sind gar keine echten Arbeiter, sondern Bourgeois, sagten diese Schweizer Sozialisten. Aber wundern wird sich über solche Erscheinungen nur der, der noch die schöne Hoffnung hegt, daß es jemals in der Welt anders werden wird. Wenn eine Revolution die gesellschaftliche Masse schüttelt, dann geht erst alles durcheinander, aber schließlich schwimmt doch wieder eine Schicht obenauf. In kommunistischen ebenso wie in monarchischen Systemen muß immer jemand an der Spitze stehen, und mag der an der Spitze nun der Völkerhirt Agamemnon sein oder der Genosse Schulze, er wird Anspruch erheben auf Respekt, Bedienung und silbernes Tafelgeschirr.

*

Der Kongreß fand in dem Berner Volkshause statt, einem wüsten architektonischen Ungeheuer, das inmitten dieser schönen, alten, ausgeglichenen Stadt zum Winterhimmel schreit. Dort, in dem großen Saale, der sonst wohl für kinematographische Vorstellungen da ist, kamen sie täglich zusammen, die Vertreter der fünfundzwanzig Nationen, im ganzen etwa hundert Mann, und redeten von dem Frieden. Zweihundert Journalisten saßen um sie herum.

Die vorderste Tischreihe des Kongresses hatten die Deutschen, in ihrer Mitte Eisner; ernste, verantwortungsvolle Gesichter. Ein paar Reihen weiter saßen die Engländer, die man an ihren Stummelpfeifen leicht erkannte, sowie daran, daß sie die längsten Reden mit unerschütterlicher Gelassenheit anhörten. Hinter denen war der Tisch der Franzosen, an dem es sehr viel lebendiger zuging, und von dem die meisten Zwischenrufe kamen. Die Franzosen waren unter sich in zwei Gruppen gespalten: an der einen Seite des Tisches die Syndikalisten, schwarzbärtige, immerfort rumorende Herren, auf der anderen Seite die patriotischen Sozialisten, der dicke Renaudel, der einst Tierarzt war und auch nach einem so soliden Berufe aussieht, und der bebrillte Albert Thomas, klein und etwas zusammengequetscht, der möchte gar zu gerne Jaurès gleichkommen, und er ähnelt seinem Vorbild schon so, wie ein Spatz dem Falken. Zwischen den beiden Flügeln saß Jean Longuet, ein hochaufgeschossener, junger Mann mit genialen Zügen, er nahm die Dinge nicht tragisch und hielt durch seine Witzworte die guten Beziehungen zwischen rechts und links aufrecht. Und zu solcher Vermittlerrolle eignet er sich gut, denn er ist zwar der Enkel von Marx, aber auch das Patenkind Georges Clemenceaus.

Wenn gesprochen wurde, gab das gute Gelegenheit, die rednerischen Verschiedenheiten der Völker zu erkennen. Die Deutschen sprachen sehr lange; sie haben ja soviele Gedanken, und jeder Gedanke muß gesagt werden, ob er nun hinpaßt oder nicht; so gab es Abschweifungen, Einschaltungen, Episoden und dann ein mühsames Suchen nach dem verlorenen Faden. Wenn ein Franzose auf die Tribüne ging, hatte er vielleicht gar keinen Gedanken, aber er tat glänzend so, als ob er einen hätte. Du lieber Gott, was ist dieser Tierarzt Renaudel für ein Künstler! Er sieht noch nichts aus, aber das Temperament seiner Sache sorgt für ihn. Er reckte sich auf, duckte sich zusammen, kroch auf den Gegner zu, schüttelte mit streuender Hand Anklagen auf den Gegner aus. Und je nachdem der Sinn seiner Worte hoffnungsvoll war oder düster, lagen auf dem erregten Gesichte Flammen oder Schattenwirkungen.

Dann legte ein Engländer die Stummelpfeife hin, ging auf die Tribüne und kaute uns zwei Minuten lang etwas vor. Und alle sahen sich betroffen an, denn das war das Wort, das gerade jetzt und gerade so gesagt werden mußte.

Und so sprachen sie, tagelang, und suchten das Glück der Völker und den Frieden zu befmeren. Franzosen gegen Deutsche, Franzosen gegen Franzosen Deutsche gegen Deutsche, Tschechen gegen Oesterreicher, Zionisten gegen Polen, Menschewiki gegen Bolschewiki; sie sprachen und fuchtelten, schrien im Diskant oder donnerten aus blonden Vollbärten: über Völkerbund und Rheinufer, über Rohstoffe und Konstantinopel, über Rosa Luxemburg und die heilige Allianz.

Der Zuhörer aber konnte sich eines schaudernden Erbarmens nicht erwehren. Wie verwickelt muß der Friede sein, ein wie unerreichbar Ding das Glück, wenn diese klugen und guten Menschen, die hier im besten Willen zusammenkamen, es nicht fassen und es nicht einmal sagen können!

Ueber dem Wust und dem Dunst thronte das Bureau, fünf Männer von großem Namen. Die konnten auch nicht viel helfen und ließen es verlaufen. Branting, der Präsident, etwas angegriffen und mit großen, kranken Augen; Wibaut, der grauhaarige Bürgermeister von Amsterdam; Henderson massiver Römerkopf; und der junge Hu[illegible]mans, der ausstieß wie Johannes, der Evangelist, aber seine Ji[illegible] retten aus einer Meerschaumspitze rauchte.

*

Aber trotzdem. In allen seinen Verworrenheiten und Wi[illegible]sprüchen und Bedenken war dieser Kongreß des Gewissen der W[illegible] Hier begegneten sich Freund und Feind zum ersten Male; hier sch[illegible] es fünf Kontinente hinaus, vor aller Oeffentlichkeit, wie sie es ha[illegible] möchten.

Und wenn alles mit rechten Dingen zuginge, wenn unsere Fei[illegible] die sich die Träger des demokratischen Gedankens nennen, ehe demokratisch wären wie wir (die wir Mitglieder unserer Regierun[illegible] hingeschickt haben), so wäre das Schicksal der Welt hier in die[illegible] Cinema entschieden worden, vor zweihundert Journalisten, und n[illegible] im Palais des Quai d'Orsay, das von zweihundert Detektivs bewa[illegible] wird.

h. k. Im Künstlertheater wurde der Abend der vier Grote[illegible] von **Kurt Götz** gestern zum hundertsten Male wiederholt. Ge[illegible] ein Beweis dafür, wie leicht unserem nervösen, so schnell gelangweil[illegible] Publikum diese Feuilleton-Dramatik eingeht. Es wird alles so [illegible] schickt und pikant serviert, man braucht so wenig nachzudenken. [illegible] dabei kann doch auch der Verwöhnteste nicht behaupten, daß er [illegible] Oberflächlichkeiten gespeist werde. Lieber Himmel, es spukt ja so[illegible] in diesen Einaktern, mitten zwischen den Alltäglichkeiten ganz [illegible] heblich. Die „Nachtbeleuchtung" selbst, die dem Ganzen den Na[illegible] gibt, hatte Herr Götz allerdings dem Jubiläum zu Ehren ge[illegible] beiseite gelassen, um uns dafür eine Novität zu bringen, den [illegible]genden Geheimrat". Ich fürchte, daß dieser Tausch [illegible] Verbesserung bedeutet. Zu einem jener Aerzte, die „weit schlimm[illegible] als die Pest" unter der Menschheit hausen — natürlich eine [illegible] Poeteneinbildung — kommt Hein Mors selbst als Patient. Der [illegible] trivialste Geheimrat sieht ihm in den Hals und entdeckt erklärlich[illegible] weise sofort einen wuchtigen Rachenkatarrh. Es entwickelt sich [illegible] äußerst peinliche Unterhaltung, die damit endet, daß sich Mors [illegible] pflichtet, ihn nicht zu holen solange er seine „gegenreiche" Praxis wei[illegible] ausübt. Manus manum lavat, sagt Herr Mors lächelnd. Also die[illegible] Geheimrat stirbt niemals, gleich dem Holländer — daher der [illegible] gende". Der Witz ist zu billig, das Stückchen stammt aus dem Ba[illegible] Einakter mit dem hübschen Lohengrin-Schluß. Eine sächsische [illegible] frau wirkt ganz reizlos und hält das Spiel auf. Herr Götz [illegible] eine Pause machen (im Produzieren), und uns dann einen nagelne[illegible] Zuklus schenken. Er schreibt einen so flüssigen Dialog, hat so [illegible] natürliche Ironie, daß er stets auf Erfolg rechnen kann. — [illegible] Darstellung war mit Max Adalbert, Bertha Monna[illegible] Karl Wallauer in den Hauptrollen ausgezeichnet. Die Leist[illegible] gen der Mitwirkenden in den übrigen drei Stücken wurden bes[illegible] früher nach Gebühr hervorgehoben.

Vereinfachung der Verhältniswahl.

Ein Vorschlag Badens.

Die praktische Probe auf das Verhältniswahlrecht, wie es von der provisorischen Regierung festgesetzt wurde, hat an der Verbesserungsbedürftigkeit des Systems keinen Zweifel gelassen. Vor allem mußte gegen die Zulässigkeit einer Listenverbindung entschiedener Widerspruch erhoben werden. Wer klare politische Verhältnisse erdrückt, und wer die einzelnen Parteien nach ihrer wirklichen Stimmenzahl vertreten zu wissen wünscht, der wird die Listenverbindung als eine Umgehung des Mehrheitswillens und als eine Verlockung zu bedenklichen Kompromissen ablehnen müssen. Aber auch sonst läßt sich nach dem jetzt geltenden System ein genaues Bild des Wählerwillens nicht gewinnen, weil die einzelnen Wahlkreise nicht mit mathematischer Genauigkeit abgegrenzt werden können. Die Ungleichheit in der Verteilung der Mandate muß sich mit jeder Wahlperiode steigern, weil die Bevölkerungsverschiebung das annähernde Gleichgewicht, wie es heute besteht, immer mehr illusorisch machen muß. Diesem Uebelstande durch eine beständige Neueinteilung der Wahlkreise entgegenzutreten, hat natürlich gleichfalls seine Bedenken. Offenbar aus diesen Erwägungen heraus hat die Verfassungskommission der badischen gesetzgebenden Versammlung sich für ein vereinfachtes Wahlsystem ausgesprochen, indem es für die badische Verfassung folgende Bestimmung beschloß:

„Die Abgeordneten werden nach den Grundsätzen der Verhältniswahl in vier Wahlkreisen gewählt. Jede Partei oder Wählergruppe erhält auf je 10 000 der für ihren Wahlvorschlag abgegebenen Stimmen und für einen Rest von mehr als 5000 Stimmen je 1 Abgeordneten."

Zur Erläuterung dieser Bestimmung wird uns vom Mitglied des Badischen Verfassungsausschusses Stadtrat Dr. Dietz geschrieben:

Bei einer bei den Wahlen vom 5./19. Januar 1919 abgegebenen Stimmenzahl von rund 1 Million würde also der künftige badische Landtag rund 100 Abgeordnete zählen. Da eine dreijährige Legislaturperiode vorgesehen ist, so würde der Landtag alle drei Jahre je nach der Zahl der abgegebenen Stimmen einige Abgeordnete mehr oder weniger zählen. Da doch nie alle Abgeordneten anwesend sind, erschien dieser geringfügige Wechsel der Kommission gegenüber den enormen Vorteilen des vereinfachten automatischen Systems als nicht schwerwiegend genug, um von demselben abzusehen. Das vereinfachte automatische System wird hiernach voraussichtlich in der badischen Verfassung Aufnahme finden und damit zum ersten Male in Deutschland zur Anwendung gelangen. Bei seinen auf der Hand liegenden Vorteilen, die das Proportionalwahlsystem ein für allemal und ohne die Notwendigkeit späterer Wahlkreisänderungen zu einem wirklich einfachen und gerechten System machen, ist zu hoffen, daß auch für die Reichswahlen und in den übrigen Bundesstaaten dieses System, welches alle weitere Rechnerei überflüssig macht und dafür garantiert, daß jeder Abgeordnete jeweils genau die gleiche Wählerzahl hinter sich hat, Aufnahme finden wird. Für die Reichswahlen würde nach dem Ergebnis des 19. Januar an Stelle der für den badischen Landtag angenommenen Zahl von 10 000 die Zahl von 60 000 bzw. abgerundet 70 000 Stimmen für einen Abgeordneten als maßgebend zugrunde zu legen sein.

Dieser Vorschlag empfiehlt sich durch seine Einfachheit. Bedenken könnten nur für die Uebergangszeit entstehen, weil die vom Feinde besetzten Gebiete nicht in der Lage sind, mit ihrer vollen Wählerzahl aufzutreten und deshalb bei der Verteilung der Mandate zu kurz kommen würden. Sobald ruhige Zustände eingetreten sind, steht einer Verallgemeinerung des badischen Prinzips kein ernstliches Hindernis im Wege. Man darf annehmen, daß auch die Nationalversammlung sich mit dieser Angelegenheit ernstlich befassen wird.

Die Abrüstung der U-Boot-Bauten.

Eine Forderung der Ententekommission.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L. Kiel, 15. Februar.

Eine Ententekommission will dieser Tage hier festgestellt haben, daß die Abrüstungsarbeiten an den U-Boots-Bauten auf der Germaniawerft nicht genügend weit vorgerückt erscheinen.

⓪ **In der preußischen Akademie der Wissenschaften** las in der letzten Sitzung der philosophisch-historischen Klasse Professor Wilhelm Schulze über „Tag und Nacht in den indogermanischen Sprachen". In der Art, wie die einzelnen Sprachen den Tag und die Nacht bezeichnen, spiegelt sich die Gliederung des indogermanischen Sprachstammes deutlich ab. Die Fälle der Benennungen für die Nacht, die einen charakteristischen Zug der indischen Wortgeschichte darstellen, zeigt deutlich ungemischte Tendenzen. Adolf v. Harnack reichte ein Nachwort ein zur Abhandlung von Prof. Holl: „Zur Auslegung des 2. Artikels des sog. apostolischen Glaubensbekenntnisses". Die Anlage des 2. Artikels des Symbols, die Holl aufgedeckt hat, ist der Schlüssel zum richtigen Verständnis der Anlage des ganzen Symbols: Jeder Artikel enthält eine Doppelgleichung, und die einzelnen Glieder jeder Reihe stehen mit denen der beiden anderen Reihen in strenger Korrespondenz. Durch diese Erkenntnis werden mehrere bisher schwebende Auslegungsprobleme gelöst. — In der Sitzung der physikalisch-mathematischen Klasse sprach Prof. Hermann Struve über „Die Masse der Ringe von Saturn".

⓪ **Die Zukunft des deutschen archäologischen Instituts in Rom.** Professor Delbrück, der Leiter des deutschen archäologischen Instituts in Rom, wird, einem Telegramm unseres Korrespondenten aus Lugano zufolge, in Rom erwarten, um die Ausräumung des von Italien beschlagnahmten Instituts zu leiten. Das in Jahrzehnten durch Generationen und aufgestapelte wissenschaftliche Material, dessen Wert unschätzbar ist, wird in den von der italienischen Regierung zur Verfügung gestellten Gebäude gebracht und dort bis zum Friedensschluß verwahrt werden.

⓪ **Sozumil Zepler** hat kurz vor seinem Tode ein Singspiel „Die Hellmethode", Text von Albert Knaus, vollendet, das am 22. Februar auf der Bühne des Lyzeumklubs zum ersten Male aufgeführt wird. Mitwirkende sind Margarete Pardo von der ehemaligen Hofoper, Adelheide Dickert, Gustav Werner vom Deutschen Opernhaus und Eugen Brieger.

Theaterchronik. Die Uraufführung des Einakterzyklus „Salto Mortale" von Paul Rosenhayn im Kleinen Theater findet am Mittwoch statt. An erster Stelle wirken die Damen Lupu Pick und Hermann Valentin. Die übrigen Rollen befinden sich in den Händen von Frau Schultz, sowie den Herren Pittschau, Reißig, Serd, Suchanek, Stratmon und Wolowsky. Die Spielleitung hat Herrn Kahn. — Die Erstaufführung von Georg Kaisers „Gas" im Volksbühne findet am 25. Februar statt. Die Rolle des Müllerburschen spielt Ernst Stahl-Nachbaur. Regie: Dr. Paul Legband. Bühnenbilder: Karl Jakob Hirsch.

Das Schiller-Theater Charlottenburg bereitet für den Monat März Shakespeares Lustspiel „Wie es euch gefällt" vor in der Bearbeitung von Dr. Alfred Neuber und mit der Musik von Mc Conrad.

Im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater gelangt am Montag das Singspiel „Hannerl" („Das Dreimäderlhaus", 2. Teil) zum 150. Male zur Aufführung.

Sie hat verfügt, daß alles, was bis zum 17. d. M. nicht abgebaut, hinausgeschleppt und versenkt wird. Die Germaniawerft läßt infolgedessen bis zum 17. d. M. in drei Schichten arbeiten und setzt die Arbeitszeit auf fünf Stunden herab. Auf der Germaniawerft können dann nur noch 3000 Arbeiter gegen 6000 beschäftigt werden.

Vor der Entscheidung in Bayern.

Kritische Situation. — Konflikte mit den Räten. — Eisner und Auer.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

□ **München**, 14. Februar.

Die politischen Verhältnisse in Bayern treiben mit Macht auf eine entscheidende Krisis zu. Die Situation ist gefährlich. Es seien kurz alle wesentlichen Punkte zusammengefaßt: Bei den Radikalen wurde der Aufruf des Ministers Roßhaupter zur Bildung einer freiwilligen Volkswehr mit Erbitterung aufgenommen. Auf der anderen Seite erregt die Eingliederung des Rätesystems in die Verfassung in der Form, daß den Räten keine Legislative und auch kein weitgehendes Kontrollrecht zustehen soll, die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte. Minister Auer hatte bereits während Eisners Abwesenheit in Bern diesen Entwurf einer Rätеverfassung zu vertreten versprochen. Nach Eisners Rückkehr ist es nun zu einem schweren Konflikt zwischen Eisner und der Münchener Presse und als Folge zu einer Art Streik der Münchener Lokalpresse gekommen. Dazu ist auch im Ministerrat zwischen Eisner und den Ministern der sozialdemokratischen Mehrheit ein schwerer Konflikt ausgebrochen. Die beiden heutigen Ministerratssitzungen haben sich mit diesen Konflikten beschäftigt. Der Zentralrat der Arbeiter, Soldaten und Bauern hat sich heute in überaus heftigen Angriffen gegen den Minister für militärische Angelegenheiten, Roßhaupter, gewandt. Er mißbillige aufs schärfste dessen Maßnahmen und verlangte das Erscheinen des Ministers zur Rechenschaftsablegung. Der Minister wußte vor dem Rat erscheinen. Man protestierte erregt gegen der beabsichtigten Bildung der Volkswehr, die als eine „weiße Garde" bezeichnet wurde, und gegen die heute erfolgte Einsetzung eines militärischen Befehlshabers mit weitgehenden Befugnissen in die Stadtkommandantur. Es wurde vom Zentralrat die sofortige Auflösung der bayerischen Armee verlangt. Dagegen soll eine Sicherheitstruppe aus gewerblich organisierten, gesetzten Arbeitern gebildet werden. Roßhaupter gab in der sehr stürmisch bewegten Sitzung ausweichende Erklärungen ab. Darauf ersuchte Eisner seinen Ministerkollegen, sich klipp und klar darüber auszusprechen, wie er die gegenwärtige überaus kritische militärische politische Situation beurteile, und vor allem zu sagen, was er unter regierungstreuen Truppen verstehe; ob Truppen, die die gegenwärtige Regierung unterstützen, oder die für die kommende Koalitionsregierung seien.

Die Sitzung mußte wegen der sehr starken Erregung abgebrochen und vertagt werden. Man befürchtete, daß es in München zu blutigen Kämpfen schon in den allernächsten Tagen kommen könnte.

Die bayerischen Demokraten gegen Eisner.

Sofortiger Rücktritt verlangt.

München, 15. Februar. (E. U.)

Am Schluß einer großen Kundgebung gegen die Vergewaltigungspolitik unserer Feinde nahm die Versammlung der Demokratischen Partei eine Entschließung an, die gegen die unerhörten Verunglimpfungen Deutschlands durch den Ministerpräsidenten Eisner protestiert und seinen sofortigen Rücktritt fordert.

Die sozialdemokratischen Organisationen und Gewerkschaften beschlossen gestern abend, an den öffentlichen Demonstrationen am Sonntag teilzunehmen. Eisner sagte, er würde an der Spitze marschieren, Auer war Gegner der Demonstrationen, fügte sich jedoch der Mehrheit.

Ein Spartacus-Angriff auf Duisburg geplant.

Rüstung der Bürgerschaft.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

⓪ **Duisburg**, 15. Februar.

Trotz der belgischen Besatzung planen die Spartacisten der umliegenden Städte einen gemeinsamen Angriff gegen Duisburg, das allein noch nicht unter ihrer Herrschaft ist. Sie beabsichtigen, die Verwaltung nach Düsseldorfer Muster umzugestalten und haben bereits einen Nachfolger für Oberbürgermeister Dr. Jarres in Aussicht. Heute wurde wieder ein im Duisburger Walde eingerichtetes Waffenlager der Spartacisten von der Polizei aufgehoben. Die Bürgerschaft rüstet sich energisch zur Abwehr.

Spartacus vor Gericht.

Die Ausschreitungen am Polizeipräsidium.

Die 9. Strafkammer des Landgerichts I hat heute gegen acht Angeklagte zu verhandeln, die der Teilnahme an den Ausschreitungen vor dem Polizeipräsidium beschuldigt sind. Der Termin war vor einigen Tagen auf heute vertagt worden. Angeklagt sind Tischler Bernhard Heinze, Schlosser Wilhelm Müller, Hoteldiener Alfred Paatsch, Werkzeugdreher Paul Pötschel, Schlosser Reinhold Schünemann, Schlosser Paul Stördt, Transportarbeiter Karl Timme, Kraftwagenführer Gustav Ulrich.

Die Angeklagten stehen nicht mehr im jugendlichen Alter. Müller ist schon 66 Jahre alt. Die Anklage lautet auf Beteiligung an einer Zusammenrottung zur Ausübung von Gewalttätigkeiten, Anschluß an einen bewaffneten Haufen, Widerstand gegen die Staatsgewalt. Als Zeuge sollte Polizeipräsident Richter vernommen werden, es ist aber die Nachricht eingetroffen, daß er sich in Weimar befindet, ebenso Polizeipräsident Ernst.

Angeklagter Müller, der schon länger der Partei der Unabhängigen angehört, ist schon seit dem 12. November im Polizeidienst tätig gewesen, und zwar in seiner Eigenschaft als Besitzer des A.- und S.-Rats, als Polizeibeirat. Er sei plötzlich aus seiner Polizeiwache durch Telegramm nach dem Polizeipräsidium befohlen worden, er sei aber schon nach Hause gegangen. Am nächsten Tage habe er die Order erhalten, sofort nach dem Polizeipräsidium zu kommen. Dort sei ihm von dem Kommissar Braun — einem Verwandten Eichhorns — gesagt worden, er habe Dienst vor dem Raum zu tun, wo die Steckbriefe bearbeitet werden. Dort habe er mit einem Gewehr, mit dem er gar nicht Bescheid gewußt, Posten gestanden und habe aufgepaßt, daß nichts von den dort liegenden Akten weggenommen würde. Darin habe seine ganze Tätigkeit bestanden: geschossen habe er nicht, sondern bloß Sicherheitsdienst verrichtet. Er habe geglaubt, Eichhorn sei zu Unrecht abgesetzt worden, denn er habe gesagt, er gebe seinen Posten nur in die Hände der Revolution zurück.

Die Verhandlung dauert fort.

Ausdehnung der Streikbewegung.

50000 Arbeiter und Angestellte im Streik.

Der Streik, der von den Berliner Waren- und Kaufhäusern ausging und auf die Spezialgeschäfte der verschiedensten Art übergegriffen hat, nimmt immer größeren Umfang an. Die Lage hat sich verschärft und eine Beendigung des Ausstandes ist noch gar nicht abzusehen. In den Hauptstraßen Groß-Berlins sind die meisten Geschäfte heute geschlossen. Die Folgen des Streiks beginnen sich im Berliner Wirtschaftsleben empfindlich bemerkbar zu machen.

Aus den Kreisen der Arbeitgeber wird uns geschrieben: Die ganze Streikbewegung gestaltet sich für den Zentralverband der Handelsangestellten immer noch zu einer Machtfrage. Mit den gewerkschaftlich organisierten Transportarbeitern sind die Arbeitgeber in der gestrigen Sitzung im Gewerbegericht einig geworden, nicht aber mit dem Zentralverband, der verlangt, daß nur mit ihm, und nicht mit der gewerkschaftlichen (selben) Organisation des kaufmännischen Personals verhandelt wird. Die Arbeitgeber weigern sich, auf diese Differenzierung einzugehen und haben vorläufig

die Verhandlungen abgebrochen.

Die Arbeitgeber erklären, daß der Zentralverband einen gewissen Terror auf die Arbeitswilligen ausübe. Die Streikposten vor den einzelnen Geschäften erlauben nicht, daß die arbeitswilligen, kaufmännischen Angestellten die Arbeitsräume betreten. Vom Streikbureau aus werden die Geschäftsinhaber, die ihre Läden noch offen halten, telephonisch angerufen und ersucht, sofort zu schließen, da sie sonst Gefahr laufen, „belästigt" zu werden. Im Falle es zu Zwischenfällen komme, müsse die Streikleitung jede Verantwortung ablehnen. Die Folge dieses Winkes mit dem Zaunpfahl sei, daß der Ausstand der Hilfsarbeiter immer weitere Kreise zieht. Die Arbeitgeber erklären, daß sie nicht daran denken, den Machtgelüsten des Zentralverbandes der Handelsangestellten nachzugeben. Sie würden ihre Geschäfte so lange geschlossen halten, bis eine Einigung auf der Basis erfolgt, die sie für richtig halten.

Die Transportarbeiter haben sich, obgleich ihre Forderungen bewilligt wurden, dahin erklärt, so lange im Streik zu verharren, bis die Gesamtforderungen der anderen Angestellten bewilligt sind. Heute vormittag sollen bereits 50 000 Personen im Ausstande. Es ist anzunehmen, daß sich diese Zahl noch vermehren wird. Eine Verhandlung zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die für heute vormittag um 11 Uhr angesetzt war, kam nicht zustande.

Das Demobilmachungsamt bekundet für die Beilegung des Streiks großes Interesse und ist bemüht, im Interesse der Allgemeinheit eine Einigung herbeizuführen. Ob und in welcher Weise eine Vermittlung des Demobilmachungsamtes eintreten wird, steht jedoch noch nicht fest. — Am heutigen Vormittag hat die Streikleitung über die seitens der Betriebsinhaber geäußerten Wünsche auf Zustellung des für die sogenannten Schutzarbeiten in den Geschäften notwendigen Personals, insbesondere über die Frage der Heizung, beraten. Die Leitung des Transportarbeiterverbandes ist grundsätzlich bereit, alle Maßnahmen zu ermöglichen, die dazu notwendig sind, um unnötige Schäden der Allgemeinheit, wie Verderben von Nahrungsmitteln usw., zu vermeiden.

Der Streik der Rollkutscher und Transportarbeiter

geht seinem Ende entgegen. Nachdem das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts gestern abend einen Schiedsspruch in dieser Streikangelegenheit gefällt hatte, haben die Streikenden in einer Nachtversammlung sich diesem Spruch unterworfen, so daß in einzelnen Betrieben die Arbeit heute schon wieder aufgenommen wurde. Der Rest wird am Montag gleichfalls wieder auf den Arbeitsstellen erscheinen. Die im Lokalverein Berliner Spediteure zusammengeschlossenen Unternehmer hielten heute vormittag eine Generalversammlung ab, in der der Schiedsspruch ebenfalls angenommen wurde. Der Schiedsspruch selbst brachte zum Ausdruck, daß der Ausstand gegen die Bestimmungen des Tarifvertrags verstoßen habe. Für einzelne Gruppen der Streikenden wurde die Zahlung von Entschuldigungssummen festgesetzt.

Auch die Litfaßsäulenkleber streiken.

Das allgemeine Streikfieber hat nun auch die im Deutschen Transportarbeiterverband organisierten Litfaßsäulenkleber der Firma Rauch u. Hartmann ergriffen. Sie verlangten eine Erhöhung des Wochenlohns um 15 Mark, Bezahlung der ersten drei Erkrankungstage, Gewährung eines Erholungsurlaubs und eine besondere Vergünstigung für die Kriegsteilnehmer. Die Firma erklärte, die Forderungen nicht bewilligen zu können, worauf die Arbeiter in den Streik traten. Zur Schlichtung der Differenzen haben beide Parteien das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts angerufen.

Zu der Bewegung unter den Versicherungsangestellten wird uns mitgeteilt, daß außer bei der „Victoria" auch bei der Versicherung „Iduna" die Angestellten arbeiten, da die Forderungen von der Direktion bewilligt wurden. Die Magdeburger Feuerversicherungsgesellschaft bittet uns um die Feststellung, daß sie keine Angestellten aus Magdeburg nach Berlin gezogen habe. Es seien nur Leute eingestellt, die seit November v. J. in Berlin beschäftigt waren.

Mit einer Arbeitsniederlegung droht ferner das Personal der städtischen Kranken- und Pflegeanstalten Berlins. Diese Gruppe fordert den beschleunigten Abschluß eines Tarifvertrages und will in den Streik eintreten, falls der vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter dem Magistrat der Stadt Berlin vorgelegte Lohntarif nicht bis zum 20. Februar einen definitiven Abschluß gefunden hat.

Auch die Konditorgehilfen befinden sich in einer Lohnbewegung. Die Organisationsleitung hat bereits das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts angerufen.

Friedrich Naumann als Stadtverordnetenkandidat. Die demokratische Partei hatte, wie von uns gemeldet, bei Friedrich Naumann angefragt, ob er ein Mandat für die Berliner Stadtverordnetenversammlung annehmen würde. Wie wir hören, hat Naumann von Weimar aus zusagend geantwortet. Sein Name ist als erster auf die demokratische Kandidatenliste für die Berliner Stadtverordnetenversammlung, die heute dem städtischen Wahlbureau zugestellt wird, gesetzt worden. Die Liste enthält 76 Namen.

Die demokratische Liste lautet bis Nummer 30: D. Friedrich Naumann, Schriftsteller. Oscar Cassel, Geheimer Justizrat. Carl Mommsen, Bankdirektor. Heinrich Dove, Syndikus der Handelskammer. Emil Hallensleben, Justizrat. Otto Merten, Fortbildungsschuldirektor. Leopold Rotenow. Kaufmann. Agnes Herrmann, Vorsitzende des kaufmännischen Verbandes für weibliche Angestellte. Franz Kettig, Obermeister. Carl Jadendorff, Reichsbankoberkalkulator. Dr. Max Levy, Diplomingenieur und Fabrikbesitzer. Fritz Hausberg, Ingenieur. Johannes Troyske, Oberrealschuldirektor. Hermann Bamberg, Kaufmann. Joseph Kleinau, Stadtsekretär. Leonor Lewin, Verbandsredakteur. Karl Loeser, Bankier. Karl Braun, Kaufmann. Max Bissing, Architekt. Margarete Friedenthal. Dr. Kurt Brandenburg, Professor, Arzt. Gustav Fuhrmann, Rechnungsrat. Franz Breitkopf, Syndikus. Karl Thieme, Fabrikbesitzer. Moritz Rosenthal, Fabrikbesitzer. Dr. Paul Ritter, Professor. Zahnarzt. Karl Dittmann, Gewerbelehrer. Georg Imberg, Handelsrichter. Adolf Flieth, Lehrer. Hermann Herzberger, Fabrikbesitzer.

Morgen voraussichtliches Wetter in Berlin und Umgegend. Noch zeitweise heiter und in den Tagesstunden ziemlich mild, doch überwiegend bewölkt und etwas neblig. Gelinde Niederschläge.

Tagesspielplan Berliner Bühnen. Erstaufführungen: „Opernhaus: 21. „Joseph in Aegypten" N. — Schauspielhaus: 19. „Die Kreuzschreiber" E. — Lessing-Th.: 17. „Der Blaufuchs" N. — Volk. Opernhaus: 20. „Cavalleria rusticana". — Schiller-Th. Charl.: 22. „Die große Pause" E. — Kleines Th.: 19. „Salto mortale" U. — Palasttheater: 22. „Christus" E. — Th. a. Nollendorfplatz: 21. „Wo die Lerche singt" E.

Heutiger Spielplan. Opernhaus: 16. n. „Die Fledermaus" 19. „Tiefland". 17. „Othello". 18. „Carmen". 19. „Hänsel und Gretel". „Die Puppenfee". 20. „Der Barbier von Sevilla". 21. „Joseph in Aegypten" N. 22. „Der Freischütz" 23. n. a. „Meistersinger". 24. „Der Troubadour". — Schauspielhaus: 16. n. „Kater Lampe". 18. 22. „Othello". 17. „Nathan der Weise". 18. „Hadumann als Erzieher". 19. 21. 23. „Die Kreuzschreiber" E. 20. „Peer Gynt". 23. n. „Die Judenbuche" 24. „Heimat". — Deutsches Th.: 16. „Othello". 17. 18. 20. 22. 24. „Und das Licht scheinet in der Finsternis". — Kammerspiele: 16. „Faschina". 17. 19. 22. „Narrenfest des Lebens". 18. „Gewerkschaft". 20. „Ein Geschlecht". 21. „Rosmersholm". 23. „Sohn". 24. „Michael Kramer". — Lessing-Th.: 16. n. 23. n. „Der Raub der Sabinerinnen". 16. „Der Schöpfer". 17. 18. 20. 22. „Der Blaufuchs" N. 19. 24. „Der König" 21. „Peer Gynt". — Th. i. d. Königgrätzer Straße: 16. n. 23. n. „Der Katzensteg". 16. 19. 21. „Der Totentanz" 17. „Rosmersholm" 18. 20. 22. „Wallis" 23. 24. „Der Dieb". — Komödienhaus: 16. n. 23. n. „Die Ehre" 16., 19., 21. „Ordgeist" 17., 20. 24. „Die tanzende Nymphe" 18. 22. 23. „Die fünf Frankfurter". — Volksbühne: 16. n. 23. n. „Wilhelm Tell". 16., 18., 19., 22. „Die ermüdeten Besenbinder". 17., 20. 21. 23. 24. „Luther". — Blse. Opernhaus Ghcrl.: 19 n. 23. „Martha". 16. „Rigaud Hochzeit". 17. „Der und Zimmermann" 18. „Die lustigen Weiber von Windsor" 19. „Zigeunerbaron" 20. 22. „Cavalleria rusticana" E. „Das höllische Gold". 21. „Der Freischütz". 23. n. „Fidelio" 24. „Tiefland". — Schiller-Th. Charl.: 16. n. 23. n. „Die Braut von Messina". 16., 17., 19. „Der Meisterbegleiter". 18., 20., 21. „Anatol". 22. „Das große Konzert" E. 23. „Alt-Heidelberg" 24. „Das Konzert". — Kleines Theater: 16. n. 24. „Jettchen Gebert". 16., 18. 21. „Tabula rasa". 17. „Vibel" — 19. 20. 22. 23. „Salto mortale" U. 23. n. „Henriette Jacoby" — Palasttheater: 17. „Die im Schatten leben" 18. „Der Strom". 19., 20., 21. geschl., 22., 23. 24. „Christus" E. 23. n. „Die Piccolomini". — Th. a. Nollendorfplatz: 16. n. 19. „Der alte Schachtein". 16. 18. 20., 24. „Der Zuckerbaron" 17., 23. n. „Eva" 21. 22. 23. „Wo die Lerche singt" E. — Luisenth.: 16. „Wilhelm Tell" 17. bis 22., 24. „Der Strom". 23. „Schweizer Carmen" 16. n. „Max und Moritz" 23. „Dornröschen". — Urania: 16., 21. „Im deutschen Suban". 17. „Von Thorn bis Danzig". 18. 20. „Hochspannungs-Fernleitung". 19., 22. „Die Geschichte der Urwelt" E.

Täglich: Kleines Schauspielhaus: „Die Bücke der Bandora". — Blse. Künstlerth.: „Nachtbeleuchtung". 16. n., 23. n. „Mein Nachbar Ameise". — **Berliner Th.:** „Sterne, die wieder leuchten". 16. n. 23. n. „Die tolle Komtesse". — Neftbenath.: „Die höhere Ehre". — Th. d. Westens: „Die lustige Witwe" 16. n. 23. n. „Sollarprinzessin" — Komische Oper: „Schwarzwaldmädel". — Operettenhaus: „Die tanzende Sulane". 16. n. 23. n. „Der Soldat der Marie". — Friedrich-Wilhelm-St. Th.: „Dannen". 16. n. 23. n. „Dreimäderlhaus". — Wallner-Th.: „Die Geiße". 23. n. „Graf v. Luxemburg". — Lustspielhaus: „Die tanzende Fliege" 16. n. 23. n. „Ein Kabenwater". — Metropol-Th.: „Die Hoffnungslose". — Trianon-Th.: „Der gute Ruf" 16 n. 23. n. „Johannistrauer". — Thalia-Th.: „Polnische Wirtschaft" 16. n. 23. n. „Unter der blühenden Linde". — Th. d. Friedrichstadt: „Drei tolle Tage" — Nole-Th.: „Der Mann ohne Vergangenheit" 16 n. 23. n. „Alschenbrödel". — Wallhallath.: „August der Starke" 16. n. „Fledermaus". 23 n. „Martha".

Ausdwärtige Bühnen: Hannover. Landestheater: 16. „Gemen" 17. „Die Journalisten" 18. „Aida". 19., 21. „Was ihr wollt". N. 20. „Traviata" 22. „Der Bärenhäuter". E. 23. „Königskinder". 24. „Die Hugenotten". — Kassel. Staatliches Schauspiel: 16 n. „Frühlingserwachen". 16. „Die Zauberflöte". 17. „Das Konzert". 18. „Kleider machen Leute". 19. „Die Fledermaus". 20. „Die Walküre". 21. V. Abonnementskonzert. 22. „Der Gwissenwurm". N. 23. n. „Das Ekterdorate". 23. „Siegfried". 24. „Alt-Heidelberg".

Mangel an Initiative?

Von [Nachdruck verboten.]

Dr. Felix Pinner.

Herr Ebert, der erste Präsident der deutschen Republik, hat in seiner Begrüssungsrede an die Nationalversammlung Unternehmer und Arbeiter aufgefordert, die Wiederbelebung der Produktion mit allen Kräften zu fördern. Während er aber für die seelischen Stimmungen der Arbeiter, „die nach der übermässigen Kraftausgabe in der Kriegszeit jetzt eine Entspannung suchen", mit Recht eine wohlwollende Erklärung zu finden bemüht war, hat er den ungeheuren Schwierigkeiten und Risiken, denen die Unternehmer in der Revolutionswirtschaft ausgesetzt sind, vielleicht doch nicht genügend Rechnung getragen. „Viele Unternehmer haben" so sagte er, „verwöhnt durch die sicheren hohen Gewinne der Kriegswirtschaft im allen monarchistischen protektionistischen Staat, es versäumt, die notwendige Initiative zu entfalten." Die selbständige Kaufmannschaft wird sich angesichts dieser Worte eines bitteren Gefühls nicht erwehren können. Kann es ihr wirklich in einer Zeit wie der jetzigen so sehr übelgenommen werden, wenn ihr die Lust zu gross angeigter Initiative verloren ging und sie sich darauf beschränkte, ihre Betriebe nur vorsichtig weiterzuführen? Ohne Rohstoffe, Kohlen, Transportmöglichkeit, täglich und stündlich bedrängt durch rapide anwachsende Lohnforderungen, Streikswilde Sozialisierung, entmutigt durch die drohenden, ganz unübersehbaren Steuerlasten, die schwere Fremdherrschaft des Waffenstillstandes sowie die vielleicht noch schwerere des Friedensvertrages, in peinigender Ungewissheit über die Möglichkeiten des Exports und Imports und schliesslich bei alledem im Zweifel über die Tragweite und den Umfang der geplanten Sozialisierungsmassnahmen, hätte sie vielleicht heroisch, aber jedenfalls tollkühn gehandelt, wenn sie sich sofort nach der Beendigung des Krieges (aber noch mitten in der Zwangswirtschaft) mit geschwellten Segeln auf das Meer der Initiative begeben hätte. Es ist trotzdem in den kaufmännischen Bureaus mit heissem Bemühen über zukünftige Schaffensmöglichkeiten gerechnet und gegrübelt worden. An Plänen und Entwürfen hat es nicht gefehlt, aber wenn der willige Geist in den meisten Fällen im Kampfe um die Verwirklichung unterlag, so waren die übermächtigen Hemmungen daran schuld. Und die Wortführer einer Partei, die in ihren ersten Revolutionskundgebungen die Vergesellschaftung der grossindustriellen Produktionsmittel als Ziel aufstellte, sollten sich nicht darüber beklagen, dass die Privatindustrie sich abwartend verhielt, bis die Frage ihrer Weiterexistenz geklärt war.

Herr Scheidemann, der erste Ministerpräsident der deutschen Republik, hat in seiner Programmrede nun einige klarere Richtlinien über die Gestaltung des Wirtschaftslebens gegeben, die für die Zukunft Geltung erhalten sollen. Wir ersehen zu unserer Genugtuung daraus, dass an eine Verewigung der Zwangswirtschaft nicht gedacht wird. Gewisse Wirtschaftszweige, die einen privatmonopolistischen Charakter angenommen haben, sollen der öffentlichen Kontrolle unterstellt und einige davon in öffentlichen oder gemischtwirtschaftlichen Betrieb übernommen werden. Im übrigen sollen Industrie und Handel wieder frei werden, sobald die Versorgung durch den Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage möglich geworden ist. Liest man's so, dann will es ganz plausibel und vernünftig erscheinen. Die Praxis ist aber leider noch recht weit von einem Zustande entfernt, den man als die Befreiung des Wirtschaftslebens von den Fesseln des Zwanges gelten lassen kann. Vorläufig werden nur ganz wenige der im Kriege errichteten Reichsstellen, Ausschüsse und Gesellschaften aufgelöst, dagegen sehr häufig noch neue gegründet. Wenn z. B. irgendwelche bisher aufgestapelten Bestände freigegeben werden sollen, so errichtet man neue Verwertungsstellen usw. Die von Herrn Scheidemann ausgesprochene Absicht, die Verteilung und Einfuhr rationierter Lebensmittel nicht mehr durch rein fiskalische Behörden, sondern durch Organisationen, an denen auch Industrie und Handel beteiligt sind, zu bewerkstelligen, wird in der Praxis keineswegs immer zur Durchführung gebracht. Kürzlich hat z. B. das Reichsernährungsamt verordnet, dass die Einfuhr von tierischen Fetten in Zukunft nicht mehr durch den Reichsausschuss für pflanzliche und tierische Oele und Fette, an dem die massgebenden Handelsfirmen beteiligt waren, sondern durch die Reichsstelle für Speisefette G. m. b. H., also eine reine Behörde, erfolgen soll. Ueberhaupt muss man alle die Massnahmen, durch die der sogenannte Abbau der Zwangswirtschaft eingeleitet werden soll, mit einem gewissen Skeptizismus betrachten. Wie sieht denn ein solcher Abbau meist in Wirklichkeit aus? — Die berühmte Zentraleinkaufsgesellschaft z. B. ist vor einiger Zeit aufgelöst worden. Dies ist in der Weise geschehen, dass die Einfuhrtätigkeit der Z. E. G., die bisher bei ihr für alle Lebensmittel konzentriert war, nunmehr den einzelnen Reichsstellen übertragen worden ist, die, wie z. B. die Reichsfleischstelle, die Reichsfettstelle, die Reichsgetreidestelle bisher lediglich die Verteilung der Ware im Inlande vorzunehmen hatten. Da diese Reichsstellen mit der Technik des Einkaufs im Auslande aber in keiner Weise vertraut waren, ist ein Teil der leitenden Beamten der früheren Z. E. G. in die Reichsstellen übergetreten, um dort die Einfuhrgeschäfte zu besorgen. Wäre weiter nichts geschehen als dies, so könnte man sagen, dass alles beim Alten geblieben sei, mit dem Unterschiede nur, dass der Einkauf im Auslande nicht mehr zentralisiert, sondern dezentralisiert sei. Nun hat aber ein anderer Teil der früheren leitenden Geister der Z. E. G. unter Führung des Direktors Rehbein kürzlich in Hamburg eine grosse private Einkaufsgesellschaft gegründet, wogegen gar nichts einzuwenden wäre, wenn diese Gesellschaft ein Importunternehmen sein würde wie jedes andere auch. In den Kreisen des Privathandels hegt man aber die Befürchtung, dass diese Hamburger Importgesellschaft darauf ausgehen könnte, eine bevorzugte, vielleicht sogar monopolistische Stellung im Einfuhrhandel dadurch zu erreichen, dass sie in besonders enger Weise mit den verschiedenen an die Stelle der Z. E. G. gestellten Reichsstellen „zusammenarbeitete". Die eigene Einfuhrtechnik der Reichsstellen ist, wie schon oben bemerkt, noch nicht allzu fein ausgebildet. Zwischen ihren neuen aus der Z. E. G. übergetretenen Einfuhrdezernenten und den Herren der Hamburger Importgesellschaft bestehen aber von der Z. E. G. her enge persönliche Beziehungen, und so liegt die Gefahr vor, dass diese persönlichen Beziehungen zu einer engen Geschäftsverbindung etwa in der Form führen, dass die Importgesellschaft den grössten Teil der Einkäufe für die Reichsstellen besorgte. Wir hätten dann an Stelle des Staatsmonopols der Z. E. G. ein, wenn auch nicht rechtliches, so doch tatsächliches und sehr einträgliches Privatmonopol, und es bedarf keiner Versicherung, dass wir uns für einen solchen Tausch höflichst bedanken würden. Bei der Neuregelung der Einfuhr ist ein Abbau der Zwangswirtschaft nur in der Form möglich, dass für die Uebergangszeit, in der der Einfuhrhandel noch nicht ganz frei sein kann, alle leistungsfähigen Importeure an den staatlichen Einfuhrorganisationen nicht nur nominell, sondern auch tatsächlich beteiligt werden. Wer im Auslande Waren, die für uns wichtig sind, zu angemessenen Preisen und zu Zahlungsbedingungen, die unserer Valuta nicht allzu abträglich sind, einkaufen kann, muss auch in der Lage sein, diese Waren entweder direkt oder durch Vermittelung der staatlichen Einfuhrorganisation ins Inland zu bringen. Leider werden solchen Importeuren, wie wir in letzter Zeit mehrfach festgestellt haben, noch häufig aus rein formalistischen und bureaukratischen Gründen Schwierigkeiten bei der Einfuhr gemacht, selbst wenn die Valuta durch Gegengeschäfte beschafft oder auf längere Zeit gestundet wird.

Wenn die Forderung aufgestellt werden muss, dass der auch von Herrn Scheidemann als notwendig erachtete Abbau unserer Zwangswirtschaft nicht allzu sehr in die Länge gezogen werden darf, so ist dafür nicht allein der Gesichtspunkt massgebend, dass der freie Handel zum Nutzen unserer Versorgung möglichst bald wieder Bewegungsfreiheit erhalten sollte. Noch eine andere Entwickelung erfordert es, dass sich die Kriegsgesellschaftenbureaukratie etwas schneller von ihren Machtbefugnissen und Klubsesseln trennt, als dies bisher geschehen ist. In letzter Zeit macht sich nämlich immer stärker eine Erscheinung geltend, die man am besten vielleicht als „Abbau von unten" kennzeichnen kann. Manche Landesteile liefern infolge der Lockerung der Verwaltungsmaschinerie, die nach dem Ausbruch der Revolution eingetreten ist, nur noch einen Bruchteil derjenigen Lebensmittelmengen an die öffentlichen Wirtschaftsorganisationen ab, die sie früher regelmässig beigesteuert haben. Die Kontingente, die in die krummen Wege des Schleichhandels abbiegen, werden immer grösser. Ganz ähnliche Erscheinungen sind auch im Warenhandel zu beobachten. Die ungeheure Fülle und Kompliziertheit der nach der Demobilmachung teils erlassenen, teils aufrecht erhaltenen Beschlagnahme-, Freigabe-, Höchstpreis- und Höchstpreisaufhebungsvorschriften hat es mit sich gebracht, dass kein Fabrikant sich mehr in den „einschlägigen" Bestimmungen auskennt. Also riskiert man sich möglichst über haupt nicht damach und entschuldigt sich, wenn man wider Erwarten doch gefasst werden sollte, mit Unkenntnis und Verwirrung. Dazu kommt, dass in den besetzten linksrheinischen Gebieten vielfach die Beschlagnahmen aufgehoben worden sind, im übrigen Deutschland aber nicht. Die Folge davon ist, dass rechts des Rheins häufig „beschlagnahmefreie linksrheinische" Ware in verdächtig grossen Mengen auftaucht, gerade so wie früher die beschlagnahme- und höchstpreisfreie Auslandware.

Die Gefahr des Abbaus von unten hat bei den Stellen, die unsere Lebensmittelversorgung regeln, schon die Erwägung ausgelöst, ob man nicht das System der Zwangserfassung überhaupt aufgeben und dem seinerzeit von agrarischer Seite vorgeschlagenen System der Lieferungsverträge nähertreten sollte, bei dem die Landwirte sich zur Lieferung bestimmter Mengen an die öffentlichen Wirtschaftsverbände verpflichten, über den Rest dagegen freie Verfügung erhalten. Das würde also sozusagen auf die Legalisierung des Schleichhandels hinauslaufen, und man müsste dafür davon eine Senkung der im Handel gezahlten Preise. Ob diese Annahme berechtigt ist, will mir jedoch zweifelhaft erscheinen. Bei den Hauptprodukten wie Getreide, Kartoffeln, Fleisch und Fett wird es vorerst wohl bei der öffentlichen Bewirtschaftung bleiben müssen. Schon deswegen, weil die Preise für die Lebensmittel, die uns die Entente liefern wird, vorläufig unter Berücksichtigung der Valuta, noch höher sein werden, als die Höchstpreise im Inlande. Die vorzunehmende Ausgleichung der Inlands- und Auslandspreise kann aber nur durch öffentliche Organisationen erfolgen. In demselben Augenblicke indes, in dem die ausländische Einfuhr zu niedrigeren Preisen und in genügenden Mengen möglich wird, könnte und sollte die Zwangsbewirtschaftung fallen. Nicht nur für Lebensmittel, sondern auch für andere Waren. Treten im Inlande dann Preisstürze ein, so ist es möglich und wahrscheinlich, dass neben den spekulativen Aufkäufern auch reelle Fabrikanten ja sogar die Kriegsgesellschaften, deren „Ueberorganisation" häufig genug ebenso warenverteuernd gewirkt hat wie der Kettenhandel, Verluste an ihren Vorräten erleiden. Das ist bedauerlich, aber die Senkung des allgemeinen Preisniveaus, die daraus resultiert, schafft dem Einzelnen und dem ganzen Volke wieder die Möglichkeit zu gesunder Produktion und zur Wettbewerbsfähigkeit im Exporte. Sie ist darum das kleinere Uebel. Lieber eine kurze scharfe Krisis, als eine lange schleichende Krankheit.

---

* **Reichsbank.** Die Anlagekonten der Reichsbank zeigen für die erste Februarwoche eine erfreuliche Entlastung. Da die Neuinanspruchnahme des Kredits der Reichsbank in der Berichtswoche wesentlich hinter der Summe der am offenen Markt abgesetzten unverzinslichen Reichsschatzanweisungen zurückblieb, ermässigte sich die gesamte Kapitalanlage von 27 255,7 Mill. M. auf 26 185,7 Mill. M.; bei der bankmässigen Deckung für sich allein genommen, machte der Rückgang 1038,2 Mill. M. aus. Auf der anderen Seite erfuhren auch die fremden Gelder eine beträchtliche Verminderung, nämlich um 1192,9 Mill. M. auf 11 389,8 Mill. M. Die Entwicklung des Notenumlaufs mittelbedarfs war in der abgelaufenen Woche gleichfalls verhältnismässig befriedigend. Der gesamte Notenumlauf der Reichsbank wuchs diesmal nur um 18 Mill. M. auf 23 685,7 Mill. M.; in der entsprechenden Woche des Vorjahres war eine Abnahme des Umlaufs um 173,5 Mill. M. zu verzeichnen gewesen. An Darlehnskassenscheinen brauchten daneben in der ersten Februarwoche 1919 nur 4,1 Mill. M. — gegen 16,2 Mill. M. vor einem Jahre — in den Verkehr gegeben zu werden. Der gesamte Umlauf an Darlehnskassenscheinen im freien Verkehr beziffert sich am 7. Februar 1919 auf 10 296,2 Mill. M. Der Goldbestand zeigte in der Berichtswoche eine Abnahme um 1,6 Mill. M. auf 2 252 147 000 M. Der gesamte Darlehnsbestand bei den Darlehnskassen vermehrte sich durch Neuausleihungen um 32,2 Mill. M. auf 16 190,8 Mill. M. Ein dieser Steigerung entsprechender Betrag an Darlehnskassenscheinen floss der Reichsbank zu. Die eigenen Bestände der Reichsbank an Darlehnskassenscheinen stiegen in der abgelaufenen Woche auf 5774,3 Mill. M.

*

Die Einzahlungen auf die neunte Kriegsanleihe haben mit dem 6. Februar an dem die letzten Pflichteinzahlungen mit 25 pCt. fällig waren, ihr Ende erreicht. Die Inanspruchnahme der Darlehnskasse für diese Zwecke stellte sich nach dem Stande vom 7. Februar auf 156 Mill. M. und machte damit 1,51 pCt. vom Nennwerte des Zeichnungsergebnisses in Höhe von 10 443 Mill. M. aus.

* **Die schwindende Wettbewerbsfähigkeit der Berliner Industrie** ist eine Begleiterscheinung der augenblicklichen Lohnentwicklung die sich zum Teil aus den höheren Lebensmittelpreisen erklärt. Ausserhalb Berlins wird viel billiger gearbeitet. Es gibt bereits Berliner Metallfirmen, die zur Herstellung ihrer Fabrikate die Einzelteile, die sie früher selbst hergestellt haben, von ausserhalb beziehen und sie nur in Berlin montieren, weil sie nur auf diese Weise konkurrenzfähig bleiben. Den Berliner Arbeitern aber wird hierdurch eine Menge Arbeit entzogen; so wird der Arbeitsmarkt in Berlin immer kleiner, während er ausserhalb Berlins fortgesetzt zunimmt. Die Berliner Giessereien klagen ebenfalls über eine Abwanderung von Bestellungen in die Provinz. Die Giessereien ausserhalb sind flott im Gange. Ihre Arbeitslöhne sind dabei kaum viel höher als die Berliner vor zwei Jahren. In Berlin erhalten Schlosser 2.50 M. bis 2.80 M. pro Stunde, in der Niederlausitz dagegen nur 1.25 M. Der Berliner Eisengiessereibetrieb wird darum wenn sich die Verhältnisse nicht bald ändern sollten, in kurzem zu den abwandernden Betrieben gehören und dasselbe Schicksal erleiden wie vor kurzem die Webereibranche.

* **Deutsche Petroleum-Akt.-Ges.** in Berlin. Die General-Versammlung setzte die Dividende auf 8 pCt. fest. Der Vorsitzende, Direktor Arthur v. Gwinner betonte auf die Anfrage eines Aktionärs, dass es im gegenwärtigen Augenblick wenig zweckmässig erscheine, die Dividende zu erhöhen. Man müsse die politischen Verhältnisse in Betracht ziehen, namentlich die Tatsache, dass die rumänische Regierung die Steaua Romana unter Sequester gestellt habe. Wenn gesagt wurde, dass die mit über 44 Mill M. in die Bilanz eingestellten Beteiligungen und Wertpapiere einen Wert von etwa 120 Mill. repräsentierten, so sei das eine subjektive Ansicht. Die Lage der Gesellschaft erscheine der Verwaltung nach wie vor gesund, das Unternehmen stehe indessen gegenwärtig angesichts der politischen Verhältnisse vor schwerem Kampfe. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde der Direktor des Wiener Bankvereins, Bernhard v. Poppe-Arnsberg.

* **Kein Verkauf der Schichauwerft.** Die Gerüchte und Meldungen, dass die Schichauwerft in Danzig und Elbing an eine amerikanische bzw. englische Gruppe verkauft worden sei, werden von amtlicher Stelle als unzutreffend bezeichnet.

* An der Börse

wurde heute der Verkehr in ruhiger, nicht einheitlicher Haltung eröffnet. Die Börse legte sich in Erwartung der Finanzrede Schiffers und der Bekanntgabe der Waffenstillstandsverhandlungen Zurückhaltung auf. Am Montanaktienmarkt bröckelten die Kurse meist ab. Festere Haltung zeigten hauptsächlich die Aktien der Bismarckhütte und der Oberschlesischen Eisenindustrie-Akt.-Ges., die sich um einige Prozent im Kurse hoben. Rüstungswerte waren etwas im Kurse rückgängig, nur die Aktien der Rheinischen Metallwarenfabrik erzielten eine kleine Kursbesserung, ebenso waren auch die Aktien der Dürkopp Motorenwerke höher. Die Aktien der Deutschen Kaliwerke konnten sich im Kurse erholen, ebenso Elektrizitätsaktien. Schiffahrtsaktien waren verhältnismässig gut im Kurse behauptet. Einen Kursgewinn erzielten die Aktien der Hansa Dampfschiffahrts-Ges., die Aktien der Türkischen Tabakregiegesellschaft waren heute, nach den letzten kräftigen Kurssteigerungen im Kurse rückgängig. Befestigt waren dagegen die Aktien der Luxemburgischen Prinz-Heinrich-Bahn und der Otrentbahn, die sich um etwa 10 pCt. im Kurse hoben.

Variable Kurse.

	14. 2.	Heutige Kurse.		14. 2.	Heutige Kurse.
Fr. Henry	161½	166½ — 167½	Oberschs. ind.	136½	138½ 134 136
Oberschl.	192	196½ — 202	Phönix	187½	187½ 187½ —
Schantg.	109	— — —	Rhein. St.	150½	150 — —
Gr. Berl.	120½	— 120½ — 120½	Rombach.	—	— — 153
Berl. Tab.	424	419 — —	A.-G. Anil.	—	— — —
Austral.	1.8	— — —	Bad.	292½	292 — —
Hbg. Pak.	89½	89 — 99½	Süd. Farb.	—	280 — —
Südam	107½	— — —	Höchster	—	— — —
Hansa	168	167 — —	AEG	168	168½ — —
Ndd. Lloyd	89½	88 90½ — 89½	Bergmann	148	— — —
Bismarck	194	196½ 197 — 196½	Jem. a. H.	152½	152½ — 152
Bochumer	136½	— — —	Schuckert	129½	— — —
Dt. Luxb.	121½	120 — —	Felt. Guill.	155	158 — —
Gelsenk.	148½	— — 148 147½	Gb. Böhler.	—	— — —
Harpener	165½	164½ — 164½	Dt. Waffen	159½	160 — —
Hohenlohe	109½	109 — —	Hirsch K.	181	— — —
Kattowitz	140½	— — —	V. Kön-R.	194½	— — —
Laura	183	184 — —	Orenstein	—	— — —
Lothr. Htt.	135	— — 135	Rhein. Met	209	210 — —
Mannesm.	181	— 179 —	Daimler	226	226½ 229 228 229
Ob.-Bis. G.	136	135½ — —	Dt. Nati	165	167½ — —

Im Verlaufe der Börse schwächte sich die Haltung im allgemeinen ab. Angeboten waren a. a. die Aktien der Daimler Motorenwerke.

Am Markte der mit Einheitskursen notierten Papiere war die Tendenz ziemlich fest.

Höhere Kurse wurden notiert u. a. für die Aktien der Maschinenfabrik Pfütler um 10, Beton- und Monierbau um 16, Akt.-Ges. für Bauausführungen um 5, Gebhardt & Co. um 9, Gladbacher Wollindustrie um 7¾, Porzellanfabrik Kahla um 6¼, Kronprinz Metall um 7, Reiss & Martin Akt.-Ges. um 12 pCt.

Niedriger stellten sich u. a. die Aktien der Kostheimer Zellulosefabrik um 8, Maschinenfabrik Schwartzkopff um 5½, Waggonfabrik Busch um 5, Kartonnagenindustrie Akt.-Ges um 5, Stahlwerk Oeckinghausen um 6 und Schlesische Zinkhütten um 5½ pCt.

Im freien Verkehr stellten sich u. a. die Aktien der Deutschen Petroleum-Akt.-Ges., der Benz & Cie Akt.-Ges und der Kaliwerke Krügersdall im Kurse höher, während die der Heidburg Akt.-Ges. etwas zurückgingen.

Am Rentenmarkt waren heimische Anleihen nicht preishaltend. Auch Kriegsanleihen senkten sich im Kurse und zwar bis auf 88,75 pCt. Unter den fremden Renten fanden mexikanische wieder Beachtung.

Am Geldmarkt war tägliches Geld reichlich zu 4 pCt. zu haben.

Dividenden und Abschlüsse.

Leipziger Werkzeugmaschinenfabrik vorm. W. v. Pittler Akt.-Ges. in Leipzig. Abschreibungen für 1918 519 932 M. (i. V. 254 956 M.). Ueberschuss 2 254 870 M. (2 664 165). Rückstellung für Kriegssteuer 975 000 M. (1 020 000). Dividendenvorschlag 25 pCt. (30 pCt.). Ferner soll den Aktionären auf 120 000 M. eine Gratisaktie zu Lasten des Dispositionsfonds zur Verfügung gestellt werden. Generalversammlung 29. März.

Hackethal Draht- und Kabelwerke Akt.-Ges. in Hannover. Vorschlag für 1918 18 pCt. (i. V. 22 pCt. Generalversammlung 11. März.

Eisenhüttenwerk Thale Akt.-Ges. Vorschlag wieder 26 pCt. und besondere Vergütung von 100 M. 5proz. Kriegsanleihe auf 600 M. Aktienkapital (i. V. 175 M. bar auf die Aktie von je 600 M.). Zu diesem Zwecke wird der erzielte Gewinn durch Entnahme von 1 000 000 M. aus der besonderen Reserve aufgefüllt werden sowie als besondere Zuwendung an die Arbeiter vorgesehen sind. Ueber den augenblicklichen Geschäftsgang wird von der Verwaltung berichtet dass Aufträge in reichlichem Umfange vorliegen. dass infolge der enormen Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Rohstoffen und Betriebsanlagen aber nur zu einem kleinen Teile betrieben werden können. Infolge dieser unrationellen Fabrikation haben die Herstellungspreise eine solche Verteuerung erfahren, dass für die ersten Monate des neuen Jahres mit einem nur ungünstigen Ergebnis gerechnet werden muss.

Bergwerks-Akt.-Ges. Consolidation in Gelsenkirchen. Vorschlag für 1918 wieder 2½ pCt. trotz verringerter Betriebsüberschüsse, die durch den Verkaufsgewinn aus den Fürst-Leopold-Kuxen ausgeglichen wurden.

Varziner Papierfabrik zu Hammermühle. Vorschlag für 1918 wieder 20 pCt. bei von der Verwaltung als reichlich bezeichneten Abschreibungen 9 April.

Sächsische Bodenkreditanstalt. Ueberschuss für 1918 365 29[illegible] Mark (i. V. 1 303 498 M.). Dividendenvorschlag 7 pCt. wie i. V. Generalversammlung 12. März.

Verantwortliche Redakteure: für innere Politik: L. H. Simon-Frimmersdorf, Berlin; für auswärtige Politik: Josef Schwab-Berlin; für Handel, Bergwesen, Gerichtssaal und Sport: Arno Arndt-Wilmersdorf; für das Feuilleton: Paul Block-Schöneberg; für die Handelsnachrichten Dr. jur. Felix Pinner-Friedenau; für den übrigen Teil des Blattes Albert Pilz-Charlottenburg. Für die Inserate: Ernst Korn-Schönberg. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.